

## Grundlagenurteile des Bundesverfassungsgerichts seit 1991 zur außenpolitischen Kompetenz des Deutschen Bundestages

Dem Bundesverfassungsgericht obliegt die Durchsetzung des Grundgesetzes, dabei betreibt es keine eigene Politik und wird auch nicht selber aktiv, sondern reagiert nur auf Anträge.

1. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Fragen der Außenpolitik
  - Prinzip der Gewaltenteilung
  - Prinzipien des BVG in außenpolitischen Fragen
2. Beispiele der Rechtsprechung zu Fragen der Außenpolitik

|  |   |
|--|---|
| <b>Urteil vom 29. Juli 1952</b>        | Deutsch-Französisches Wirtschaftsabkommen   |
| <b>Urteil vom 30. Juli 1953</b>        | Vertrag über die gemeinsame Verwaltung des Hafens von Kehl (Land Baden und Strasbourg)  |
| <b>Beschluss vom 16. Dezember 1983</b> | einstweilige Anordnung gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles  |
| <b>Urteil vom 18. Dezember 1984</b>    | Stationierung Pershing – II – Raketen in der BRD  |
| <b>Beschluss vom 29. Oktober 1987</b>  | Lagerung von C-Waffen auf dem Gebiet der BRD  |
| <b>Urteil vom 8. April 1993</b>        | einstweilige Anordnung gegen die Überwachung des Konflikts im ehem. Jugoslawien - AWACS   |
| <b>Urteil vom 12. Oktober 1993</b>     | Beschwerde gegen Maastricht-Vertrag   |
| <b>Urteil vom 23. Juni 1993</b>        | einstweilige Anordnung gegen Einsatz der Bundeswehr im Rahmen UNOSOM II (Somalia)   |
| <b>Urteil vom 12. Juli 1994</b>        | Feuerleit-Offiziere der Bundeswehr in AWACS-Systemen dritter Staaten  |
| <b>Beschluss vom 25. März 1999</b>     | Antrag auf einstweilige Anordnung gegen die unmittelbare Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Operationen der NATO gegen Jugoslawien |
| <b>Urteil vom 22. November 2001</b>    | Verstoß der Bundesregierung gegen das GG bei den Beschlüssen zum Strategischen Konzept der NATO   |
| <b>Beschluss vom 25. März 2003</b>     | einstweilige Anordnung gegen den Einsatz der Bundeswehr in AWACS-Flugzeugen zum Schutz der Türkei gegen den Irak                            |

3. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1994: AWACS-, Adria-, Somalia-Verfahren
  - Darstellung des Urteils
4. Entsendegesetz vom 25. März 2004 in Folge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts
  - Vorstellung des Gesetzentwurfes

### Thesen:

1. Der Bundestag ist nicht in der Lage die „richtigen“ Entscheidungen in Fragen der Außenpolitik zu treffen.
2. Die Beteiligung des Bundestages an Entscheidungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist militärisch nicht praktikabel.

### Literatur:

- Benda, Ernst: „Deutsche Außenpolitik vor Gericht – Bundesverfassungsgericht und auswärtige Gewalt“, in Internationale Politik, 12/1995, S. 39-46
- Cremer, Hans Joachim: „Das Verhältnis von Gesetzgeber und Regierung im Bereich der auswärtigen Gewalt in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts: eine kritische Bestandsaufnahme“, in Geiger, Rudolf (Hrsg.): „Neuere Probleme der parlamentarischen Legitimation im Bereich der auswärtigen Gewalt: Symposium vom 13. bis 15. Juni 2002 in Leipzig“, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2003
- Dau, Klaus u.a. (Hrsg.): „Der Auslandseinsatz deutscher Streitkräfte : eine Dokumentation des AWACS-, des Somalia- und des Adria-Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht“, Heidelberg, 1996
- Roellecke, Gerd: „Bewaffnete Auslandseinsätze - Krieg, Außenpolitik oder Innenpolitik? - Ein verfassungsänderndes Urteil des Bundesverfassungsgerichts“, in Der Staat: : Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte, 34/1995,3, S. 415 – 428
- diverse Urteile des Bundesverfassungsgerichtes u.a. in <http://www.bverfg.de/>